

Medizin oder bittere Pille?



☒ Jacqueline Fehr (Mitte) und Paul Rhy (rechts) diskutieren unter der Moderation von Yves Noël Balmer das Schweizer Gesundheitswesen.

Einheitskrankenkasse: Ja oder Nein? Unter anderem über dieses Thema diskutieren an der Podiumsdiskussion der SP AR Nationalrätin Jacqueline Fehr und Paul Rhy von Santésuisse. Fehr wirbt für die Initiative, Rhy hält dagegen.

JOHANNES WEY

HERISAU. Am Dienstag kreuzten mit Jacqueline Fehr, Zürcher SP-Nationalrätin und Mitglied in der Gesundheitskommission, und Paul Rhy, Leiter Information beim Krankenkassenverband Santésuisse, zwei hochkarätige Referenten die Klingen. Das Thema im Nordtrakt des «Treffpunkts» in Herisau lautete: «Gibt es eine Medizin gegen jährlich steigende Krankenkassenprämien?» Eingeladen hatte die SP AR.

«Nicht mehr steuerbar»

Ein zentraler Punkt der Diskussion war denn auch die SP-Initiative für eine öffentlich-rechtliche Einheitskrankenkasse, in die Fehr grosse Hoffnungen setzt. Sie sieht die Komplexität im Gesundheitswesen als Hauptproblem für die aus ihrer Sicht unverhältnismässig ansteigenden Prämien: Das Gesundheitswesen sei mit 200 Spitälern in 26 Kantonen und mit zu vielen Krankenkassen, die unzählige Produkte anböten, «nicht mehr steuerbar»; insbesondere da sich die Verantwortung nicht eindeutig zuordnen lasse. «Wer ist denn heute der Mister Krankenkasse?», stellte Fehr die rhetorische Frage dazu. Die «Medizin» dagegen, um mit dem Motto der Diskussion zu sprechen, sieht sie in einer Einheitskrankenkasse, «die das Beste aus Suva und AHV» kombiniere. Durch diese Vereinfachung des Gesundheitswesens bekomme man Möglichkeiten zur Steuerung. Ausserdem fielen der aus ihrer Sicht ruinöse Konkurrenzkampf mit häufigen Kassenwechseln und die «ärgerliche», weil

teure, Werbung weg. «Die Krankenkassen profitieren heute davon, wenn immer mehr Leute krank werden», sagte Fehr – eine Einheitskrankenkasse hätte hingegen ein Interesse daran, die Gesundheit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

«Kein Einsparpotenzial»

Paul Rhyh als Vertreter der Krankenkassen sieht in der Einheitskrankenkasse weniger eine Medizin, als eine bittere Pille: «Wir sehen kein Einsparpotenzial.» Auch eine Einheitskrankenkasse mit schätzungsweise 12 000 Mitarbeitern würde einen hohen Verwaltungsaufwand verursachen; die gleichbleibende Zahl von Versicherten bedinge den hohen Personalaufwand. «Die heutigen Krankenkassen haben nicht alle einen CEO mit einem Millionengehalt», nahm Rhyh die Krankenkassen in Schutz. Ein Systemwechsel würde Kosten in Milliardenhöhe verursachen, die amortisiert werden müssten. «Im heutigen System wird hart verhandelt und die Tarife befinden sich auf einem guten Niveau», sagte Rhyh. Heute würden zwischen 5 und 6 Prozent der Prämienzahlungen für die Verwaltung eingesetzt – in Umfragen schätze die Bevölkerung diesen Anteil aber regelmässig auf 30 Prozent. «Diese Beträge werden massiv überschätzt», sagte Rhyh. Der Werbeaufwand aller Krankenkassen betrage rund 200 Millionen Franken. Der Verwaltungsaufwand einer Einheitskrankenkasse würde nicht geringer ausfallen als im heutigen System, da die Zahl der Versicherten gleich bleibe. Und die Trägerschaft der Einheitskrankenkasse, wie sie den Initianten vorschwebt, sei mit Bund, Kantonen, Ärzten und Patientenvertretern interessengebunden. «Die Patienten würden überstimmt», so Rhyh, und hätten keine Möglichkeit für einen Kassenwechsel.

Ein weiterer Diskussionspunkt waren die Gründe für den Anstieg der Krankenkassenprämien. Sowohl Fehr als auch Rhyh gehen nicht davon aus, dass diese in absehbarer Zeit sinken werden. Vielmehr müssten sie stabilisiert werden.

Appenzeller Zeitung, 24.11.2011